

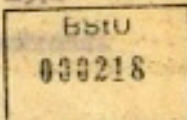
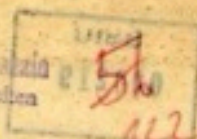
IA 30 Kr. 781

Ablehnungsgespräch Spahr, Silke, am 08. 11. 1976

Spahr, Silke, geb. am 16. 10. 1951

1035 Berlin, Grünberger Str. 75

Sekretärin ID bis 05. 08. 76

Rat des Stadtbezirks
Abteilung Innere AngelegenheitenInhalt des Antrages und Verlauf des Gespräches

1. Antrag 01. 04. 76 an MdI, Ablehnung am 03. 09. 76 durch Registr.
2. Antrag 08. 09. 76 an Staterat, Ablehnung s. o.

Die Anträge der S. lassen eindeutig eine verhärtete feindliche Einstellung gegenüber der DDR erkennen. Der Ursprung dieser Einstellung wird in Gesprächen mit der Sp. nicht eindeutig sichtbar. Sie gibt an, daß ihre politische Meinst die BRD ist und daß sie unsere Gesetze sowie unsere Staatsordnung insgesamt nicht akzeptiert. In den Anträgen bezieht sich die Sp. auf internationale Verträge und völkerrechtliche Abkommen, auf deren Grundlage sie klarzumachen versucht, daß die DDR verpflichtet ist, ihre persönlichen Anliegen zu genehmigen.

In Ablehnungsgespräch selbst versucht sie fast in erpresserischer Form, diese Verträge und Abkommen gegen unsere Entscheidung anzuwenden. Jeglichen Gegenargumenten tritt sie schließlich mit den Worten "Mir ist ganz egal, was Sie hier sagen, ich will hier raus" entgegen.

In diesem Zusammenhang bezeichnet sie ihre Kündigung beim ND als Berufsverbot, zumal sie laut eigener Angaben Anstrengungen unternommen hat, eine andere Arbeitsstelle zu bekommen, was ihr jedoch bis zum heutigen Tage nicht gelungen ist.

Frau Sp. wurde in Ablehnungsgespräch darauf hingewiesen, daß sie alle Möglichkeiten hat, sich hier in der DDR gesellschaftsgemäß zu entwickeln. Alle Argumente ihrerseits auf Unfreiheit und Eingriffe in das persönliche Leben wurden in der Richtung widerlegt, daß in der DDR keine Einschränkungen oder Verweirungen gegenüber irgendwelchen Bürgern vollzogen werden und daß Frä. Sp. sich selbst als Gegner der Gesellschaft magist und somit auch, solange sie von dieser Auffassung nicht zurücktritt, sich selbst aus der Gesellschaft isoliert. Ihr wurde auch klargestellt, daß solche Verträge und Abkommen, wie sie von ihr genannt werden, nicht in der Absicht zustande kamen, damit bestimmten Bürgern eine politische Gegnerschaft zu ermöglichen und daraus dann noch erpresserische Forderungen zu erheben.

Obwohl das Gespräch insgesamt in ruhiger Atmosphäre verlief, blieb Frä. Sp. uneinsichtig und gab es, solange Anträge zu stellen, bis ihr Anliegen genehmigt wird. Auf die Einhaltung der Gesetze der DDR wurde Frä. Sp. hingewiesen. Zur Klärung ihres Arbeitsverhältnisses wurde sie an das Amt für Arbeit und Löhne verwiesen.

Beachten: Frä. Sp. stellt immer gleichlaufende Anträge mit ihrer Freundin Ilona Becker, die ebenfalls beim ND arbeitete und die gleiche Wohnung bewohnt (Wohnung ND).

Pfeiffer

Anmerkung: